

Spielberger Nachrichten

Nummer 32, April 2017. Zugestellt von Post.at

Gemeindezeitung der KPÖ



(Über-)Leben in Syrien



**Vortrag und
Diskussion
mit der
Journalistin
Karin
Leukefeld
zur Lage
in Syrien**

Seit über fünf Jahren herrscht Krieg in Syrien. Millionen Menschen haben alles verloren, sind geflohen oder leben in Angst. Die Gesellschaft ist tief gespalten. Die deutsche Journalistin **Karin Leukefeld** lebt jedes Jahr mehrere Monate in Syrien. Sie erläutert, warum die ganze Region in Flammen aufgeht, welche Auswirkungen dies auf die betroffenen Staaten und ihre Gesellschaften hat und welche Perspektiven sich abzeichnen.

Mi. 26.4. 19.00 Uhr
Neues Volkshaus, Reselgasse 2, Knittelfeld

Wir laden sie herzlich ein!

Mehr Lärm durch Autobahnausbau: Auf den Lärmschutz nicht vergessen!



Die Autobahn im Bereich der Auffahrt Knittelfeld-West wird saniert. Aber in Sachen Lärmschutz soll nicht viel getan werden.

Der Obmann des Umweltausschusses, SPÖ-GR Mario Breuer, hat im November bezüglich des Lückenschlusses der S36 - S37 ein Mail an alle Gemeinderatsfraktionen verschickt. Darin nimmt er den geplanten 4-spurigen Ausbau der S36 Richtung Scheifling zum Anlass darauf hinzuweisen, dass diese Strecke damit attraktiver wird und mit mehr Transitverkehr zu rechnen sei.

Er forderte Verbesserungen für Spielberg in Sachen Lärmschutz, wie einen Lückenschluss bei den Lärmschutzwänden und Temporeduzierungen. Er ersuchte diese Themen im Gemeinderat zu behandeln.

Gemeinderat Breuer hat völlig recht. Nicht nur der Ausbau Richtung Scheifling wird mehr Verkehr bringen. Nach wie vor gibt es Bestrebungen die ganze Strecke Richtung Kärnten vierspurig auszubauen.

Beim Vollausbau droht Transithölle

Der bekannte Verkehrsexperte Hermann Knoflacher hat vor einiger Zeit in einer Veranstaltung vor dieser Gefahr gewarnt. Er empfahl, sich mit Händen und Füßen gegen einen solchen Vollausbau zu wehren. Denn

Aus dem Gemeinderat

Neue GemeinderätInnen

Durch den Tod von Gemeinderat Adolf Mayer musste die SPÖ ein neues Gemeinderatsmitglied einberufen. Frau Martina Radner wurde in der letzten Sitzung als Gemeinderätin angelobt. ÖVP- Gemeinderätin Martina Ertl hat ihr Mandat zurückgelegt. Karl Maier folgt ihr nach und wurde ebenfalls angelobt.

Kastrationsgutscheine

Der Bürgermeister berichtete, dass sich die Gemeinde an der Kastrations- und Sterilisationsaktion von Streunerkatzen beteiligt. Die Gutscheine dafür können bei der Gemeinde abgeholt werden.

damit werde diese Strecke zu einer attraktiven Verkehrsroute und damit gleichzeitig zu Transithölle.

Nachdem dieses Thema nicht im Gemeinderat behandelt wurde, hat KPÖ GR-Erich Wilding nachgefragt. Er wollte wissen, ob die Gemeinde aktiv geworden sei und was dabei für die AnrainerInnen erreicht wurde.

Der Bürgermeister antwortete, dass es Berechnungen von Seiten der Asfinag für die kommenden Jahre gäbe, wonach die jetzt gesetzten Lärmschutzmaßnahmen ausreichend seien. Wenn die Gemeinde mehr an Lärmschutz wolle, müsse sie selbst die Kosten tragen. Eine Geschwindigkeitsreduzierung komme ebenfalls nicht in Betracht.

Nur geringe Verbesserungen geplant

Nun wird gerade die Autobahn in Bereich der Auffahrt Knittelfeld-West saniert. Eine Anfrage der KPÖ im Knittelfelder Gemeinderat ergab, dass der Lärmschutz nur etwas verbessert wird, in einem Ausmaß von ca. drei Dezibel. Allerdings sei im Bereich der Auffahrt keine Verbesserung vorgesehen.

Das sind Antworten, mit denen man nicht zufrieden sein kann. Viele AnrainerInnen leiden unter dem starken Autobahnlärm. Wann, wenn nicht im Zuge einer Sanierung sollte der Lärmschutz deutlich verbessert werden?

Der Verkehr nimmt immer mehr zu und durch den Ausbau der S36 wird sich die Situation noch verschlimmern. Deshalb sollte die Gemeinde, am besten zusammen mit anderen betroffenen Gemeinden, einen neuen Vorstoß machen. Die Straßenbauten sind durch Steuergelder finanziert. Deshalb ist die Asfinag auch verpflichtet, das Bestmögliche an Lärmschutz zu installieren. Auch der Wunsch nach Temporeduzierungen kann nicht einfach so vom Tisch gewischt werden. Auch die betroffenen BürgerInnen sollten bei der Asfinag protestieren.

Gemeinderat Adolf Mayer ist nach schwerer Krankheit verstorben. Wir haben ihn als Kulturreferenten mit Leib und Seele und als stets freundlichen und kollegialen Gemeinderatskollegen erlebt. Unser Beileid und unser Mitgefühl gelten seiner Familie und seinen Freunden.

Die GemeinderätInnen der KPÖ

Impressum: Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld. F.d. Inhalt verantwortlich: Erich Wilding. Druck: Fa. Gutenberghaus, Knittelfeld.



gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“ des Österreichischen Umweltzeichens, UW-Nr.946, 8720 Knittelfeld

Aus dem Gemeinderat

Einkaufsbus

Der Bürgermeister berichtete, dass derzeit an der Idee zur Einführung eines Einkaufsbusses gearbeitet wird. Damit sollen GemeindebürgerInnen, die nicht mobil sind, die Gelegenheit zu Einkaufsfahrten erhalten. Derzeit werden die Erfahrungen anderer Gemeinden erhoben.

Bauarbeiten Brücke

Der Bauarbeiten rund um den Straßenbau für die Brücke in Richtung Hammergraben sollen bis 10. Mai abgeschlossen sein. Dann soll die Strecke wieder befahrbar sein.

Radwege

Der Baubeginn zur Herstellung der neuen Radwege soll nach Ostern erfolgen.

Schulsanierungen

In Sachen Schulsanierungen wird in den nächsten Jahren auf die Gemeinde einiges zukommen. Es findet eine Begehung mit dem Land statt, um den Sanierungsbedarf zu erheben.

LKW-Ankauf

Für den Außen- und Winterdienst wurde ein neuer LKW angekauft. Es wurden mehrere Angebote eingeholt. Die Firma Volvo erhielt mit einem Gesamtpreis von 99.000 Euro exkl. MWST. und einer Werkstattgutschrift über 2.000 Euro den Zuschlag.

Gemeindejagd

Die Gemeindejagd „Spielberg alt“ wurde vom 1.4.2017 bis zum 31.3.2028 an den Jagdverein Spielberg vergeben. Die jährliche, wertgesicherte Jagdpacht beträgt 3.800 Euro. Die Gemeindejagd Flatschach wurde für den gleichen Zeitraum an die Jagdgesellschaft Flatschach vergeben. Hier beträgt der wertgesicherte Jagdeuro 1.400 Euro im Jahr.

Spielberger Nachrichten

In eigener Sache

Der Druck und das Porto unserer Zeitung kosten viel Geld. Wenn Sie der Meinung sind, durch unsere Zeitung gut informiert zu werden, ersuchen wir Sie um eine Spende.

Unsere Bankverbindung:

Steiermärkische Sparkasse,

IBAN: AT052081526000000617

Liebe Spielbergerinnen
und Spielberger!

Ring frei- Lärm frei

Der Frühling beginnt. Die Natur erwacht - und auch die Rennsaison am Red Bull-Ring startet wieder. So sehr man sich auf das Frühjahr und den Aufenthalt im Freien freut, so besorgt sind viele, wie laut die kommenden Veranstaltungen wohl sein werden.

Leider ist diese Besorgnis berechtigt. Die Veranstaltungen am Red-Bull-Ring nehmen immer mehr zu. Je nach Wetterlage, Windrichtung und Art der Veranstaltung ist die Lärmbelastung manchmal erträglich. Aber allzu oft ist sie eine unzumutbare Belastung für Nerven und Gesundheit. Oft vergällt stundenlanger Motorenlärm den Aufenthalt im Freien. Nicht einmal der Rückzug in die eigenen vier Wände bringt die ersehnte Ruhe.

Dabei geht es nicht nur um die AnrainerInnen. Der Lärm verbreitet sich im Aichfeld und ist noch in großer Entfernung störend bemerkbar. Unsere Arbeitswelt wird immer hektischer und belastender. Deshalb ist die Möglichkeit zur Ruhe zu kommen immer wichtiger. Ständiger Lärm ist ein großes Problem. Leider gibt es in unserer Region neben dem Ring noch viele andere Lärmquellen: Autobahn, Eurofighter oder die ÖBB. Bei jeder Abschätzung der Belastungen müsste die Gesamtsituation berücksichtigt werden.

Wenn wir den Lärm zum Thema machen, bekommen wir nur sehr verhaltene Reaktionen. Ständig hat man das Gefühl, niemand will mit dem Projekt Spielberg anecken. Auch die BH erteilt immer wieder Sonderbewilligungen für Rennveranstaltungen. Viele Menschen leiden unter der Lärmbelastung. Dabei geht es den Meisten nicht um die Großveranstaltungen. Es sind die vielen Klein- und Kleinstveranstaltungen, die eine Dauerbeschallung mit sich bringen. Oft fährt nur eine handvoll Fahrzeuge am Ring - aber die ganze Region wird von Motorenlärm beschallt.

Der Red-Bull-Ring hat sicherlich eine wirtschaftliche Bedeutung in unserer Region. Aber ob die vielen lärmintensiven Kleinveranstaltungen wirklich sein müssen, ist zu bezweifeln. Viele Menschen sind stark betroffen, viele auch verzweifelt über die Dauerbelastung - aber öffentlich darüber reden will kaum jemand. Die verantwortlichen PolitikerInnen müssten sich mehr hinter die berechtigten Lebensinteressen der Menschen stellen, und die Betroffenen müssten mehr Mut haben ihre Stimme zu erheben. Sonst heißt es noch sehr lange: Ring frei - Lärm frei...

...meint Ihr KPÖ-Gemeinderat Erich Wilding
E-Mail: erich.wilding@hotmail.com



Rechnungsabschluss der Gemeinde für 2016

Der Rechnungsabschluss für das Haushaltsjahr 2016 war im ordentlichen Haushalt ausgeglichen. Im außerordentlichen Haushalt gab es einen Überschuss von rund 300.000 Euro. Im ordentlichen Haushalt kommen die laufenden Einnahmen und Zahlungen zum Tragen. Im außerordentlichen Haushalt werden konkrete Projekte abgewickelt. Der Überschuss im außerordentlichen Haushalt entstand im Wesentlichen dadurch, dass Kosten für einige Straßenbauprojekte erst 2017 anfallen.

Die Gemeinde führte Einiges an Investitionen durch. Vor allem die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf Gemeindebauten und verschiedene Wasser- und Kanalbauten sind hier zu erwähnen. Viele dieser Vorhaben werden über Kredite finanziert. So ist der Schuldenstand von rund 10,4 auf rund 11,5 Mio. Euro angestiegen. Den Kreditaufnahmen in der Höhe von rund zwei Millionen Euro steht die Tilgung von alten Krediten in der Höhe von rund 930.000 Euro gegenüber.

Derzeit sind die Zinsen niedrig. So machen die Zinszahlungen in der Tilgungssumme von rund 930.000 Euro nur rund 113.000 Euro aus. Aber das muss nicht immer so bleiben. Steigen die Zinsen, dann bekommt die Gemeinde Probleme. Nachdem einige Kredite auch für Wasser- und Kanalbauten aufgenommen werden, besteht die Gefahr, dass die Gebühren angehoben werden wenn die Kreditzinsen steigen.

Benachteiligung der Steiermark kostet uns rund 1,2 Millionen Euro



Die Gemeinden brauchen mehr Mittel von Bund und Land um ihre Aufgaben gut erfüllen zu können und eine gute finanzielle Basis zu haben. Ein großer Fortschritt wäre es, wenn die finanzielle Benachteiligung der

Steiermark gegenüber anderen Bundesländern beseitigt würde. Denn einige Bundesländer bekommen pro Einwohner mehr Geld vom Bund als andere.

Der ehemalige Grazer ÖVP-Finanzstadtrat Hermann Rüscher hat vorgerechnet, dass SteirerInnen im Jahr um ca. 230 Euro weniger an Ertragsanteilen vom Bund bekommen als die BewohnerInnen von Wien. Umgelegt auf Spielberg gehen uns rund 1,2 Mio. Euro verloren.

Das ist eine bedeutende Summe. Wenn wir diese Mittel hätten, sähe unser Gemeindehaushalt ganz anders aus. Leider wurde diese Ungleichheit bei den letzten Finanzausgleichsverhandlungen - trotz vieler vollmundiger Versprechungen - nicht beseitigt. Auch die so dringend notwendige Besteuerung von Vermögen und Gewinnen war kein Thema.

Ordentlicher Haushalt, gerundet

Einnahmen	10,6 Mio.
Ausgaben	10,6 Mio.

Außerordentlicher Haushalt, gerundet

Einnahmen	3,0 Mio.
Ausgaben	2,7 Mio.
Überschuss	0,3 Mio.

Die SPÖ hat uns in der Diskussion um den Rechnungsabschluss vorgeworfen, wir wären gegen Investitionen. Das ist Unsinn. Wir wollen nur, dass die Gemeinden die benötigten Mittel bekommen um viele ihrer Vorhaben aus den Einnahmen des laufenden Haushaltes finanzieren zu können anstatt den Schuldenstand zu erhöhen. Geld ist genug vorhanden, es ist nur in den falschen Händen. SPÖ und ÖVP sitzen im Bund und im Land in der Regierung, sie hätten es in der Hand ein sozial gerechtes Steuersystem zu beschließen.

Verkauf von Gemeindevermögen ist keine Lösung

Von der ÖVP kam der Vorschlag, eine Vermögensaufstellung der Gemeinde auszuarbeiten. Dann könnte man darüber beraten, welche Vermögenswerte der Gemeinde (Wald, Wohnungen...) verkauft werden könnten. Genau darauf läuft es hinaus: Wenn die Gemeinden nicht die nötigen finanziellen Mittel bekommen entsteht Schulden. Damit steigt der Druck Gemeindevermögen zu verkaufen. Der Privatisierungswahn geht weiter. Abgesehen davon, dass man das Familiensilber nur einmal verkaufen kann, ist der Gemeinderat verpflichtet das Gemeindevermögen zu bewahren und nach Möglichkeit zu vermehren.

Die KPÖ hat den Rechnungsabschluss 2016 abgelehnt. Er wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen.

Nachtragsvoranschlag 2017

Weil es gegenüber dem Budgetentwurf für 2017 gravierende Änderungen gibt, wurde eine Nachtragsvoranschlag beschlossen.

Ursprünglich war geplant das Musikerheim über einen Baurechtsvertrag mit der OWG zu finanzieren. Der Vertrag musste dem Land zur Genehmigung vorgelegt werden. Das Land hat die Zustimmung dazu verweigert, da der Vertrag auch Haftungen enthielt. Deshalb muss nun für das „Haus der Musik“ ein Kredit in der Höhe von 420.000 Euro aufgenommen werden. Auch für Wasser- und Kanalbauten musste der ursprüngliche Kredit um rund 200.000 Euro aufgestockt werden. Der Nachtragsvoranschlag wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ beschlossen.

Tempo 100 auf schmalen Freilandstraßen?

Vor einiger Zeit haben wir auf einige schmale Freilandstraßen in unserem Gemeindegebiet aufmerksam gemacht. Nach der Ortstafel gilt dort Tempo 100.

Diese Straßen werden oft von LäuferInnen, SpaziergängerInnen oder RadfahrerInnen genützt. Wir haben im Gemeinderat angeregt, alle Straßen zu überprüfen, und dort wo es notwendig ist, Geschwindigkeitsbeschränkungen zu erlassen. Der Bürgermeister hat diese Überprüfung zugesagt. Nun haben wir nachgefragt.

Der Bürgermeister erklärte, eine Temporeduzierung sei nicht vorgesehen. Das können wir nicht nachvollziehen. Einige Freilandstraße in unserem Gemeindegebiet sind wirklich nicht für Tempo 100 geeignet. Muss erst ein Unfall geschehen, bis man sich auf ein Tempolimit besinnt?

Eine Idee für das Wirtschaftszentrum

Der Plan mit dem Wirtschaftszentrum einen Lebensmittelhändler und viele Geschäfte nach Spielberg zu bringen, konnte nicht umgesetzt werden. Ein Grund ist sicherlich auch die Nähe zum Einkaufszentrum West in Knittelfeld.

Die KPÖ hat damals im Gemeinderat gegen die Änderung der Gemeindegrenzen gestimmt, die diesen großen Ausbau erst ermöglicht hat.

Durch die weitere Vergrößerung in Knittelfeld wird sich die Situation für Spielberg noch verschlechtern. Auch eine neue Apotheke soll ins Knittelfelder Einkaufszentrum West einziehen. Es ist zu befürchten, dass das Auswirkungen auf die Spielberger Apotheke hat. Wir meinen, man sollte auch über völlig neue Nutzungen für das Wirtschaftszentrum nachdenken.

Derzeit arbeiten SPÖ und ÖVP im Land an einem neuen Gesundheitsplan. Es soll in der Steiermark nur mehr sieben Leitspitäler geben. Daneben sollen zahlreiche Primärversorgungszentren errichtet werden. Noch ist alles sehr vage und die KPÖ steht diesen Plänen sehr kritisch gegenüber. Wir befürchten eine Verschlechterung der Gesundheitsversorgung und eine schleichende Privatisierung.

Die Wahrscheinlichkeit, dass solche Primärversorgungszentren kommen ist gegeben - als Grundgedanke sind sie auch nicht abzulehnen - es kommt auf die Rahmenbedingungen an.

Spielberg könnte sich rechtzeitig als Standort bewerben. Der beste Fall wäre, wenn das Wirtschaftszentrum dafür geeignet wäre. Das würde eine langfristige Nutzung und gesicherte Einnahmen bedeuten. Diesen Gedanken haben wir in der letzten Gemeinderatssitzung eingebracht.

12-Stunden-Tag – leben wie im Frühkapitalismus?

An der Wiege des Kapitalismus stand zügellose Ausbeutung. Im sogenannten Frühkapitalismus waren lange Arbeitszeiten, schlechte Bezahlung und soziales Elend alltäglich. Es entwickelte sich eine Arbeiterbewegung, und eine der ersten Forderungen war die nach dem 8-Stunden-Tag.

Das war vor über hundert Jahren. Heute ist unsere Gesellschaft reich und produktiv, Technik und Wissenschaft sind hoch entwickelt. Immer mehr Waren werden in immer kürzerer Zeit hergestellt. Doch die arbeitenden Menschen haben immer weniger von diesem Fortschritt. Seit den 80er-Jahren gibt es keine Arbeitszeitverkürzungen mehr, im Gegenteil, nun soll auch noch der 12-Stunden-Arbeitstag gesetzlich verankert werden. Die Wirtschaft macht Druck und die Regierung ist bereit zu verhandeln.

In den letzten Jahren kam es zu einer laufenden Verlängerung der Arbeitszeiten und einer Verschlechterung der Überstundenbezahlung. 10 und auch 12 Stunden Arbeitszeit pro Tag sind leider auch heute schon möglich, nun soll die Schraube weiter angezogen werden.

Lange Arbeitszeiten sind familienfeindlich und schaden der Gesundheit. Eine kürzlich veröffentlichte Studie zeigt, dass nach 7 bis 8 Stunden die Fehlerhäufigkeit steigt. Je länger die Arbeitszeiten, desto größer auch die Unfallgefahr und desto länger die Zeitspanne, die man braucht um sich wieder zu erholen. Nach zwei 12-Stundenarbeitstagen braucht man drei freie Tage um sich wieder zu erholen. Langes Arbeiten ohne die unmittelbar darauffolgende nötige Freizeit schadet der Gesundheit.

Die Arbeitswelt und unser Alltag werden immer hektischer. Anstatt die Arbeitszeit zu verlängern, brauchen wir eine drastische Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. „Mehr Zeit zum Leben, Lieben, Lachen“ lautet eine Forderung. Damit hätten wir alle mehr Lebensqualität und unsere Jugend die Chance auf Arbeit. Ansonsten nähern wir uns immer mehr frühkapitalistischen Verhältnissen.



Filmtipp

**Dienstag,
18. April
20.00 Uhr
Dieselkino
Fohnsdorf**

8. März - Internationaler Frauentag

**Für Frieden
und Gleichberechtigung!**



Liebe Frauen!

*Am 8. März wird der
Internationale Frauentag gefeiert.
Ein Tag, der die Frauen an die Durchsetzung
ihrer Rechte erinnern soll.*

*Eine rote Nelke und diese Karte
sollen Sie an Ihre Rechte erinnern!*

Wir kämpfen für eine Gesellschaft,
in der Menschen unabhängig von ihrem
Geschlecht gleichberechtigt in Frieden
und sozialer Sicherheit leben können!



**Auch heuer verteilte die KPÖ in
Spielberg wieder Nelken zum
Internationalen Frauentag.**

Unsere Nelkenverteilaktion stand unter dem Motto „Für Frieden und Gleichberechtigung“. Damit wollen wir an die Durchsetzung der Frauenrechte erinnern.

Denn von völliger Gleichberechtigung sind wir leider weit entfernt. Eine der größten Ungerechtigkeiten ist die ungleiche Bezahlung von Männern und Frauen. In Österreich ist der Unterschied besonders groß. Es gibt ein großes Interesse daran, dass das auch so bleibt. Die schlechtere Bezahlung der Frauen ist der Zusatzgewinn der Unternehmen.

Würden Österreichs Frauen ebensoviel verdienen wie die Männer – sie hätten im Jahr fast 20 Milliarden Euro mehr an Einkommen. Das zeigt eine kürzlich bekannt gewordene Studie der Beratungsfirma PricewaterhouseCoopers.

Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts. Um Kriegselend und Flüchtlingsströme zu beenden, müssen die Kriege beendet werden. Das muss das erste Ziel sein. Auch daran wollten wir mit unserer Verteilung erinnern.

Eurofighter: Teure Aufrüstung mit Schmiergeldzahlungen



Gegen den Willen der Mehrheit der Bevölkerung hat die ÖVP/FPÖ-Regierung im Jahr 2000 den Kauf der Eurofighter durchgedrückt. Die SPÖ hat danach versprochen aus dem Kauf auszusteigen. Nach den Nationalratswahlen war alles vergessen.

Der Kauf der Eurofighter war die größte militärische Beschaffung in der Zweiten Republik. Kritiker des Ankaufs haben ausgerechnet, dass dieser Aufrüstungsschritt - Ankauf, Finanzierung, Betrieb und Infrastrukturkosten mit eingerechnet - rund sechs Milliarden Euro kostet.

Schon beim Ankauf gab es den Verdacht, dass hier viel Schmiergeld geflossen ist. Nun hat das Verteidigungsministerium Anzeige erstattet. Von Bestechung, Schmiergeldzahlungen und dubiosen Gegengeschäften ist die Rede. Mindestens 1,1 Milliarden Euro Schadenersatz werden gefordert.

Unsere Region hat nur den Lärm und die Umweltbelastungen, von neuen Arbeitsplätzen durch Gegengeschäfte war nichts zu spüren. 183,4 Millionen für Bestechungen sollen von EADS auf den Kaufpreis aufgeschlagen worden sein. Die österreichischen SteuerzahlerInnen haben demnach nicht nur diese Kriegsgeräte, sondern auch die Bestechungsmillionen bezahlt.

Ein Liebesdienst an die EU

Die Entscheidung zum Kauf der Eurofighter kam aber nicht nur durch mögliche Schmiergeldzahlungen zustande. Die Eurofighter sind jenes Flugmodell, das in die EU-Armee passt. Der Ankauf war auch ein Liebesdienst an die Aufrüstungspläne der EU und eine Stärkungsmaßnahme zum Aufbau eines großen europäischen Rüstungskonzerns (EADS - nun Airbus).

Ob in Bürgerinitiativen oder im Gemeinderat, die KPÖ hat jahrzehntelang gegen den Ankauf von Abfangjägern gekämpft. Wir fordern volle Aufklärung. Auch die Rücknahme der Eurofighter und die Rückerstattung des Kaufpreises sind anzustreben. Denn diese Milliarden wären bei Sozial- und Bildungsprojekten, aber auch bei den maroden Kasernen und den Grundwehrdienern viel besser aufgehoben.

Ob beim Verkauf der Bundeswohnungen, den Eurofightern oder bei den Verschlechterungen bei den Pensionen: Unter keiner Regierung gab es so viele Skandale und so viele Verschlechterungen für die arbeitenden Menschen wie unter der ÖVP/FPÖ-Regierung.

**Die KPÖ nimmt zu politischen Ereignissen
Stellung und ist in vielen Fragen aktiv. Aber selten
wird in den Medien darüber berichtet.**

**Unsere Homepage:
www.kpoe-steiermark.at**

Pflege kann auch reich machen



Derzeit werden überall in den Gemeinden die Rechnungsabschlüsse beschlossen. Überall stöhnen die Gemeinden über die steigenden Ausgaben für den Sozialhilfverband. Die Steigerungen bei den Pflegeausgaben werden hier besonders hervorgehoben. Aber es gibt auch Leute, die Pflege offensichtlich reich macht.

In der Kronen-Zeitung vom 3. März 2017 stand über den ehemaligen FPÖ-Politiker und Chef der Kräutergarten-Gruppe Harald Fischl Folgendes zu lesen: „Pflegeheime spülten 68 Millionen Euro in Fischls Kassa“. Es wurde berichtet, dass sich Harald Fischl um 12,6 Millionen Euro ein Luxushotel auf Mallorca gekauft hat. Weiters steht zu lesen: „Der Ex-GAK Präsident war mit dem Verkauf der Pflegeheimgruppe „Kräutergarten“ zu beträchtlichem Vermögen gekommen. Zwei weitere Heime, die Fischl in Wien-Döbling be-

trieben hat, sollen vor wenigen Wochen um 68(!) Millionen Euro verkauft worden sein.“

Auch das Knittelfelder Wegwarteheim stand früher im Besitz der Kräutergarten-Gruppe von Harald Fischl, bevor er es an einen deutschen Immobilienfonds verkauft hat. Die Steiermark ist das Bundesland, in dem es die meisten privaten Pflegeheime gibt. Auch die Gemeinde Knittelfeld hat ihr eigenes Heim geschlossen und den Pflegebereich der Kräutergarten-Gruppe von Harald Fischl überlassen.

Wie das Beispiel Fischls zeigt, ist die Pflege offensichtlich ein gutes Geschäft, während die Kosten für die öffentliche Hand explodieren. Überall ist auch zu hören, dass auf Grund der steigenden Kosten mehr gespart werden muss. Das Einzige, was man sich sparen kann, ist den Pflegebereich privatem Gewinnstreben zu überlassen. Denn dabei müssen nicht nur die Kosten der Pflege, sondern auch die gemachten Gewinne mitfinanziert werden.

Ferien mit Kinderland!

Ferienaufenthalte am Turnersee in Kärnten und in St. Radegund bei Graz

Anmeldung und Information:

KPÖ Knittelfeld-Spielberg

Tel.: 03512/82240



MITMACHEN!

Ändere die Welt - Sie braucht es



Wofür steht die KPÖ?

Nichts muss so bleiben wie es ist. Damit der Kapitalismus uns und die Erde nicht an die Wand fährt, brauchen wir grundsätzliche Veränderungen. Menschenwürde, Frieden, Völkerverständigung, Freiheit, Gleichheit und Solidarität dürfen kein unerfüllbarer Traum sein. Dafür kämpfen wir. Widerstand gegen das kapitalistische System ist dringend geboten

Elke Kahr:

Mieten und Betriebskosten, Öffentlicher Verkehr, der tägliche Einkauf, Strom, Heizung... Alles wird immer teurer. Die Lohnabschlüsse und Pensionserhöhungen bleiben hingegen hinter der Inflation zurück. Nur die KPÖ macht konkrete Vorschläge, wie diese Teuerungslawine aufzuhalten ist.

Ernest Kaltenegger:

Zu einem würdigen Leben gehört ein gesicherter Arbeitsplatz. Jeder Mensch muss die Möglichkeit bekommen, sich seinen Fähigkeiten entsprechend zu entwickeln und von seiner Arbeit menschenwürdig leben zu können.

Mitmachen!

Noch nie wurde so viel Reichtum geschaffen wie heute. Trotzdem ist der Großteil der Bevölkerung von sinkender Kaufkraft und steigenden Preisen betroffen. Die Armut nimmt zu, aber auch der Reichtum einiger weniger. Das muss nicht so sein. In einer Gesellschaft muss das Wohl aller und nicht der Profit im Mittelpunkt stehen. **Dafür treten wir ein, und mit DIR sind wir stärker!**



Sie wollen mitmachen? Wir freuen uns auf Sie!

Kontakt: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld, Tel: 03512/8 22 40, E-Mail: kpoe.knittelfeld@aon.at

**Sprechstunde
mit Sozialberatung**

KPÖ-STR. Renate Pacher
und DSA Karin Gruber

Mittwoch, 3. Mai

KPÖ-Parteiheim in Knittelfeld
Friedensstraße 10, 9.00 bis 12.00 Uhr
Vor Anmeldung: 03512/ 82240

**Zur Information:
Die Termine der nächsten
Gemeinderatssitzungen:**

Donnerstag, 22.6.2017, 18.00 Uhr
Dienstag, 26.09.2017, 18.00 Uhr
Dienstag, 12.12.2016, 18.00 Uhr
Gemeinderatssitzungen sind für
Interessierte öffentlich zugänglich

Dauerbaustelle Wohnunterstützung

In einer Nacht- und Nebelaktion wurde im Sommer 2016 die Wohnbeihilfe abgeschafft. Die Beihilfe wurde stark verschlechtert und wird nun „Wohnunterstützung“ genannt. Der Protest dagegen, der maßgeblich von der KPÖ getragen wurde, war massiv.

SPÖ und **ÖVP** mussten zurückrudern. Es wurde ein Härtefonds eingerichtet und ab Jänner 2017 wurden einige Verschlechterungen zurückgenommen. Aber die große Ungerechtigkeit, dass die Kinderbeihilfe nun erstmals zum Einkommen dazugerechnet wird, bleibt bestehen. Deshalb geht auch unser Widerstand weiter.

Das neue Gesetz, die baldige Novellierung des Gesetzes und die Installierung des Härtefonds bedeuten einen gewaltigen Verwaltungsaufwand. Das führt dazu, dass viele AntragstellerInnen monatelang auf ihre Beihilfe warten.

Gerade diese Menschen haben ein geringes Einkommen - sonst könnten sie keine Wohnunterstützung beziehen. Durch die langen Wartezeiten kann es zu finanziellen Engpässen und Mietrückständen kommen – ein großes Problem.

Auch die Beschäftigten in der Beihilfenabteilung sind nicht zu beneiden. Sie müssen die Beihilfen aufgrund der ständigen Änderungen stets neu berechnen und sind daher völlig überlastet. Deshalb hat die KPÖ den Antrag gestellt, das dortige Personal aufzustooken. Unser Antrag wurde von SPÖ, ÖVP und FPÖ abgelehnt.

Das ist uns völlig unverständlich. Denn die langen Wartezeiten und diese Arbeitsbedingungen sind unzumutbar.

Die Mandatare von FPÖ, Grünen und KPÖ haben nun ein Normprüfungsverfahren des Steiermärkischen Wohnunterstützungsgesetzes durch den Verfassungsgerichtshof beantragt. Dafür sind die Unterschriften eines Drittels der Abgeordneten im steirischen Landtag nötig. Eine Hürde, die keine Partei aus eigener Kraft überspringen kann. Das Gesetz wird nun überprüft, eine Aufhebung wäre ein großer Erfolg im Sinne der betroffenen Menschen.

Petition an den Landtag Steiermark

Wohnen darf nicht arm machen!

Hände weg von der Wohnbeihilfe!

Wir fordern:

- Rücknahme der „Wohnunterstützung“ und Rückkehr zur Wohnbeihilfe
- Keine Einberechnung der Familienbeihilfe ins Haushaltseinkommen

Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift

Bitte einsenden an: KPÖ-Knittelfeld-Spielberg, Friedensstraße 10, 8720 Knittelfeld
Wir schicken auch gerne Unterschriftenlisten zu, Tel: 03512/82240